



Friedensbewegung und Zweiter Kalter Krieg: Europäische und transatlantische Perspektiven. Berlin: Referat Zeitgeschichte und Archiv Grünes Gedächtnis (Heinrich-Böll-Stiftung); German Historical Institute (GHI), Washington D.C.; Universität Augsburg, Geschichte des europäisch-transatlantischen Kulturraums (GETK). Organisatoren: Christoph Becker-Sc, 24.03.2010-26.03.2010.

Reviewed by Philipp Baur

Published on H-Soz-u-Kult (May, 2010)

Die Friedensbewegung der 1970er- und 1980er-Jahre steht zunehmend im Fokus der zeit-historischen Forschung, das heißt, sie kann nun mit geschichtswissenschaftlichen Methoden, auf Basis bisher unveröffentlichter Quellen und im Abstand von annähernd dreißig Jahren auch im Dialog mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen untersucht werden. Der in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem internationalen Forschungsprojekt „Nuclear Crisis – Transatlantic Peace Politics, Rearmament, and the Second Cold War“ Vgl. <<http://www.nuclearcrisis.org>> (30.04.2010). organisierte Workshop brachte NachwuchswissenschaftlerInnen zusammen, die sich mit der Friedensbewegung im Kontext der nuklearen Nachrüstung der 1970er- und 1980er-Jahren befassen.

Das Auftaktpanel (Moderation: PHILIPP GAS-SERT, Augsburg) beschäftigte sich mit der christlichen Friedensbewegung. Unter dem Titel „Sicherheit neu denken? Konzepte von Sicherheit in der kirchlichen Friedensbewegung der Bundesrepublik (1977-1983)“ argumentierte JAN OLE WIECH-MANN (Marburg), dass der Nato-Doppelbeschluss von 1979 für die Kritik christlicher Gruppen an der beschleunigten technischen Entwicklung von Nuklearwaffen eine katalytische Wirkung gehabt habe. Die Absage an „Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ verbunden mit der Forderung

nach einer „Demokratisierung von Sicherheitspolitik“ gehörten zu den Grundelementen der christlichen Friedensbewegung. Sie agierte mit einem erweiterten Sicherheitsbegriff, der auf gemeinsame Sicherheit in Fragen von Wirtschaft, Energie und Ökologie abzielte. Damit stehe die christliche Friedensbewegung paradigmatisch für den grundlegenden Wandel im gesellschaftlichen Sicherheitsgefühl der Bundesrepublik der 1970er- und 1980er-Jahre.

ALEXANDER LEISTNER (Leipzig) wandte sich im zweiten Teil des Panels der Perspektive der DDR zu. In seinem Vortrag „Religiöse Friedensgruppen in der DDR unter dem Eindruck des Nato-Doppelbeschlusses: Bewegungsformation und Aktivistidentität“ plädierte er für eine Erweiterung der Erforschung von Protestbewegungen um einen biographieanalytischen Ansatz. Die kirchliche Friedensbewegung sei charakterisiert gewesen durch DDR-spezifische „Positionierungssemantiken“, das heißt die Identität und Motivation ihrer Aktivistinnen war geprägt durch unterschiedlich motivierte Konflikte mit staatlichen Institutionen. Zum ersten ließen sich „Abgrenzungs- und Aussteigersemantiken“ erkennen, die einen Deutungsrahmen für die Jugendkultur der 1980er-Jahre oder die anschwellende Ausreisebewegung bieten. Prägend waren zum zweiten „spezifisch christliche Verantwortlichkeitssemanti-

ken“, in deren Friedensverständnis die Forderung nach Abrüstung immer auch mit einer Betonung der individuellen Verantwortlichkeit verbunden wurde, sowie eine dezidiert religiös begründete „Gesellschaftsgestaltungssemantik“.

In einem öffentlichen Podiumsgespräch, moderiert von dem Journalisten und Mitherausgeber der Zeitschrift „Internationale Politik“ PAUL HOCKENOS, stellten sich am ersten Abend des Workshops zwei Zeitzeuginnen der Friedensbewegung den Fragen des Publikums: EVA QUISTORP, langjähriges Mitglied im Bundesvorstand der Grünen und Europaabgeordnete, Mitglied im Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung und Aktivistin der Frauenbewegung und INES REICH-HILWEG, Friedensforscherin und wissenschaftliche Mitarbeiterin unter anderem der Berg-hof-Stiftung. Eva Quistorp hob die Bedeutung der Organisation „Frauen für Frieden“ und von END als wichtige Elemente der heterogenen Friedensbewegung hervor. Ines Reich-Hilweg berichtete von ihren Erfahrungen mit lokalpolitischen Initiativen zur Vertrauensbildung und militärischen Entflechtung, in deren Kontext sich deutsche Kommunen gleich einem „pazifistischen Flächenbrand“ zu atomwaffenfreien Zonen erklärten. Beide Akteurinnen waren sich darin einig, dass die Friedensbewegung ein „Gegenexpertentum“ hervorbrachte, in nicht geringem Maße eine (Volks-)Bildungsbewegung war, und so zur Etablierung einer kritischen demokratischen Öffentlichkeit beigetragen habe. Sowohl Quistorp als auch Reich-Hilweg widersprachen der Einschätzung, dass die Friedensbewegung von einer puren Angst- und Apokalypse-Stimmung motiviert gewesen sei, sondern betonten, dass vielmehr eine Hoffungs- und Aufbruchsstimmung prägend gewesen sei.

Der zweite Workshop-Tag begann mit einer Sektion zur Rolle der Parteien (Leitung: TIM GEIGER, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin). JAN HANSEN (Berlin) ging in seinem Beitrag „Konsens in der Krise? Anmerkungen zu einer Kultur-

geschichte des Nachrüstungsstreits in der SPD, 1979-1983“ der Frage nach, wie der sozialdemokratische Meinungswandel von der Billigung des Doppelbeschlusses 1979 hin zur Ablehnung des Raketenstationierung 1983 erklärt werden könne. Hansen argumentierte, dass die Gründe dafür in der Krise und im Zerfall des sicherheitspolitischen Konsenses in der Partei gelegen hätten. Der Westen habe besonders bei jüngeren und alternativ sozialisierten Sozialdemokraten als normatives Leitbild für freie demokratische Gesellschaften an Überzeugungskraft verloren, während der Osten als dessen Kontrastfolie positiver bewertet wurde. Dies erkläre, warum große Teil der SPD zu Beginn der 1980er-Jahre für einseitige Entspannungsbemühungen und Abrüstungsbereitschaft plädierten.

SILKE MENDE (Tübingen) beleuchtete in ihrem Vortrag „Ökopax – Die Gründungsgrünen, der Zweite Kalte Krieg und die Friedensbewegung“ die Formierung der Grünen in der Bundesrepublik der 1970er- und 1980er-Jahre. Laut Mende sei der grüne Krisendiskurs vor allem durch das Zusammendenken der beiden Überlebens Themen Umwelt und Frieden geprägt gewesen. Das zeitgenössische Stichwort „Ökopax“ signalisiere auch die Integration der beiden Begriffe in einen grünalternativen Politikansatz, der dem kritisierten Modell der modernen Industriegesellschaft die Utopie einer ökologischen und gewaltfreien Gesellschaft gegenüberstellte. Das Thema Frieden ermöglichte der jungen Partei so eine programmatische Selbstvergewisserung und Profilierung. Die Ablehnung des Prinzips der nuklearen Abschreckung sowie die Infragestellung der Westbindung der Bundesrepublik wertete Mende als Ausdruck einer Entfernung von Teilen des außen- und sicherheitspolitischen Konsenses der Nachkriegszeit.

Das dritte Panel wandte sich der öffentlichen Debatte und Populärkultur des Zweiten Kalten Krieges zu (Moderation: HANNO BALZ, Lüneburg). TIM WARNEKE (Heidelberg) skizzierte in

seinem Vortrag über „Die öffentliche Debatte um den NATO-Doppelbeschluss in der BRD, 1979-1984“ Bedrohungswahrnehmungen und Rettungsperspektiven der Friedensbewegung. Mit Beispielen aus der westdeutschen und amerikanischen Debatte konzentrierte er sich auf radikale Positionen, die nach der Devise „durch Schrecken zur Einsicht gelangen“ verfahren seien. Bei aller Bandbreite der historischen Analogien und Metaphern, die zur Charakterisierung der nuklearen Bedrohung herangezogen wurden, hätten Verweise auf den Zweiten Weltkrieg (Hiroshima) und den Holocaust als größtmöglich vorstellbares Vernichtungsszenario überwogen. Hier sei die deutsche Geschichte „als Auftrag“ verstanden worden. PHILIPP BAUR (Augsburg) ging anschließend auf „Nukleare Weltuntergangsszenarien in der Populärkultur der 1970er und 80er Jahre“ ein. Er plädierte dafür, pop-kulturelle Manifestationen der nuklearen Bedrohung sowohl als Sprachrohr wie auch als Spiegel der Nachrüstungsdebatte zu betrachten. Charakteristisch für künstlerische Auseinandersetzungen seien die drastische Authentizität der geschilderten Utopien und die Agitationsrhetorik gewesen. Baur setzte sich für eine kritische Betrachtung von Werken wie Anton-Andreas Guhas „Ende – Tagebuch aus dem Dritten Weltkrieg“ ein und hinterfragte, ob diese dazu beitragen, die Angst vor dem nuklearen Schlagabtausch zu fördern oder tatsächlich aufzuklären.

Im vierten Panel unter der Leitung von MARIANNE ZEPP (Heinrich-Böll-Stiftung) wurden zwei Teilprojekte aus dem Forschungsvorhaben „Der KSZE-Prozess: Multilaterale Konferenzdiplomatie und ihre Folgen“ (IfZ München-Berlin und Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte, Erlangen) vorgestellt. GUNTER DEHNERT (Erlangen) besprach am Beispiel Polens die „Selbstorganisation der Gesellschaft – Solidarnosc, Bürgerkomitees und der lange Weg zur Demokratie“. Bemerkenswert im Falle der Volksrepublik Polens sei gewesen, dass im Gegensatz zu anderen Warschauer-Pakt-Staaten die Gründung der beiden wichtigsten Oppositionsbewegungen, das Komitee zur Ver-

teidigung der Arbeiter (KOR) sowie Solidarnosc, nicht unmittelbar auf die Helsinki-Schlussakte zurückzuführen seien. Trotzdem existierte mit der Schlussakte ein zitierfähiges Dokument, das zusammen mit der Nachfolgekonzferenz von Belgrad (1977) ermöglichte, die Idee allgemeiner Menschen- und Bürgerrechte in breiten Gesellschaftsschichten zu propagieren und innerhalb des international abgesicherten Spielraums zunehmend offensiv einzufordern.

Eine vergleichbare Ambivalenz konstatierte ANJA HANISCH (Berlin), die unter dem Titel „Kritik, Dissidenz und Opposition im Spiegel staatlicher Perzeption und Reaktion“ über die Folgen der KSZE für die DDR sprach. Einerseits entsprach die Teilnahme am KSZE-Prozess den außenpolitischen Zielen des SED-Regime, das sich als gleichberechtigter Teilnehmer internationaler Konferenzen präsentieren konnte. Die erhoffte innenpolitische Legitimierung trat jedoch zunehmend in Konkurrenz zur Ausreisebewegung, die sich explizit auf die KSZE-Schlussakte berufen konnte, da Ausreisewillige vom DDR-Staatsapparat die Einhaltung der internationalen Verträge forderten. Weil sich in der DDR aber im Unterschied zu anderen osteuropäischen Ländern keine Helsinki-Gruppen bildeten, seien die tatsächlichen Reaktionen der Bevölkerungen hinter den Befürchtungen des Regimes zurück geblieben.

Panel 5 widmete sich ausgewählten Akteuren der Friedensbewegung (Leitung: SIMON TEUNE, Wissenschaftszentrum Berlin). HANNO BALZ (Lüneburg) diskutierte seine Forschungen über „Die Bremer Bundeswehrkrawalle 1980 – Neue Soziale-, Jugend- und Friedensbewegung zwischen Pazifismus und Militanz“ und zeigte am Beispiel der Proteste gegen das zentrale Rekrutengelöbnis im Bremer Weserstadion, bis zu welchem Grad sich die autonome Anti-Kriegs-Bewegung von der „bürgerlichen“ Friedensbewegung unterschied. Während für letztere der Nato-Doppelbeschluss sowie die Verschärfung des Ost-West-Gegensatz zum bestimmenden Motiv wurde, verschob sich

der Fokus in der linksradikalen „Krieg gegen Krieg“-Bewegung auf einen Nord-Süd-Gegensatz. Vor allem die US-Politik gegenüber der Revolution im Iran wurde innerhalb dieser Gruppierung als imperialistischer „Krieg ums Öl“ gewertet. CLAUDIA KEMPER (Hamburg) verwies am Beispiel der deutschen Sektion der IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War) auf die Rolle von Ärzten in der anti-atomaren Friedensbewegung der 1980er-Jahre. Innerhalb der IPPNW-Arbeit bildete der Protest gegen die im Kontext des Nato-Doppelbeschlusses anvisierten Zivilschutzpläne einen Schwerpunkt. Kritisiert wurde die befürchtete Militarisierung des Gesundheitswesens durch den Ausbau des Zivilschutzes. Dabei konnte die IPPNW die nach eigenem Selbstverständnis überparteiliche, blockübergreifende und zugleich unpolitische Haltung der Organisation kaum aufrecht erhalten.

SASKIA RICHTER (Berlin) beleuchtete mit Petra Kelly (1947-1992) den „Aufstieg und Fall einer grünen Galionsfigur“. Im Gründungsprozess der Grünen nahm Kelly bis 1983 eine öffentliche Führungsrolle ein. Gleichzeitig begründete der Einzug in den Bundestag und die Ausbildung von Strömungen nach Ansicht von Richter das Scheitern von Kelly. Ihr vielzitiertes Charisma begrenzte sich auf die Phase der Proteste gegen den Nato-Doppelbeschluss und wurde zum Teil der Proteststrategie im Kampf gegen die Ohnmacht im „Zeitalter der Apokalypsen“. In der Bundesrepublik wurde Kelly zu einer Projektionsfläche für Hoffnungen und Ängste einer verunsicherten Gesellschaft. Richter hob auch die Bedeutung der Sozialisation Kelleys in den USA sowie ihre weitreichenden internationalen Kontakte hervor.

Der zweite Tag des Workshops wurde beschlossen durch einen öffentlichen Abendvortrag von ECKART CONZE (Marburg) über „Sicherheitsstreben und Modernitätskepsis“. Conze argumentierte, dass die Debatte um den Nato-Doppelbeschluss und die Nachrüstung nicht nur eine scharfe Kontroverse über die Sicherheitspolitik der

Bundesregierung bzw. der westlichen Verteidigungsallianz war, sondern dass sich in ihr auch ein politisch und gesellschaftlich polarisierter Streit über das Verhältnis von Sicherheit spiegelte. In der Kritik der Friedensbewegung an einem tradierten Verständnis von Sicherheit artikulierte sich stets auch ein massives Unbehagen an jenem Fortschrittsdenken der Moderne, wie es in den Jahrzehnten nach 1945 noch breite Akzeptanz gefunden hatte. Mitte der 1970er-Jahre veränderte sich der Sicherheitsdiskurs. Im Verständnis der Friedensbewegung stand Friede (ohne Atomwaffen) im grundlegenden Gegensatz zu einem Konzept von Sicherheit, das gegenseitige nukleare Abschreckung als friedenssichernd betrachtete.

Nach einer Führung durch die Bestände des Archivs Grünes Gedächtnis (AGG) beschäftigte sich Panel 6 mit den transnationalen Aspekten der Friedensbewegung (Leitung: CHRISTOPH BECKER-SCHAUM, Leiter AGG). ENRICO BÖHM (Marburg) diskutierte die Etablierung der G7-Weltwirtschaftsgipfel als ein neues Format der internationalen Zusammenarbeit. Die „Gipfel der Sicherheit“ behandelten mit offener Agenda und in bewusst intimen Rahmen Fragen der Energieversorgung und der Wirtschaft wie auch des Verhältnisses von Industrie- und Entwicklungsländern. Diese Themen wurden von den Regierungen zunehmend unter dem Schlagwort Sicherheit behandelt und führten dazu, dass internationale Sicherheitspolitik nicht mehr als reine Verteidigungs- und Bündnispolitik verstanden wurde. Die Gipfel dienten – in den Worten von Bundeskanzler Schmidt – dem „wahren Frieden“ und sahen sich als Teil der Antwort auf die Herausforderungen der Friedensbewegung.

SEBASTIAN KALDEN (Marburg) skizzierte unter dem Titel „Proteste unbegrenzter Entrüstung“ die Transnationalisierung und Transnationalität in der christlichen Friedensbewegung in Westeuropa (1979-1985). Christliche Friedensgruppen in den Niederlanden, Deutschland und Großbritannien arbeiteten über die Grenzen hinweg zusam-

men und ermöglichten unter anderem die Masendemonstration im Bonner Hofgarten am 10. Oktober 1981. Der Transfer von Friedensideen geschah nicht nur durch den Austausch von Protestformen (zum Beispiel Andachten, Friedensfestivals, Menschenketten), sondern auch durch die verwendeten Symbole. Als theologische Ideengeber fungierten oftmals niederländische Organisationen.

Das letzte Panel, moderiert von MARTIN KLIMKE (DHI Washington), behandelte Protest im zeitlichen Kontext der 1980er-Jahre. BIRGIT METZGER (Freiburg) präsentierte Katastrophendiskurse und Gegenstrategien in der westdeutschen Debatte über das Waldsterben (1978-86) und zeigte, wie die zunehmenden Waldschäden, von der damaligen Wissenschaft auf sauren Regen zurückgeführt, den Nerv der deutschen Öffentlichkeit trafen. Laut Metzger bediente die Debatte einschlägige Motive, die sich nicht nur auf die Glorifizierung des Waldes durch die deutsche Romantik zurückführen lassen, sondern auch in hohem Maße auch auf Krankheitsbegriffe (Aids, Krebs) und Referenzen auf den Zweiten Weltkrieg zurückgriffen. Der Protest gegen das vermeintliche Waldsterben fiel im Gegensatz zur Anti-Nuklear-Bewegung kleiner aus, während technische Lösungsansätze entgegen verbreiteter modernitätsskeptischer Tendenzen durchaus positiv aufgegriffen wurden.

REINHILD KREIS (Augsburg) diskutierte unter dem Zitat „Eine Welt – ein Kampf – ein Feind“ die amerikakritischen Proteste in der Bundesrepublik der frühen 1980er-Jahre. Nach den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg rückten fast ein Jahrzehnt später im Zuge der Nachrüstungsdebatte wieder amerikanische Ziele ins Zentrum der westdeutschen Protestbewegung: Zum einen von Seiten der Friedensbewegung, die die amerikanische (und bundesdeutsche) Rüstungspolitik kritisierte, zum anderen von Gruppen, die der USA Imperialismus vorwarfen. Kreis hob die globale Dimension des Protestes hervor und erklärte, dass

anders als während der Studentenbewegung statt theoretischer Diskussionen die Kategorien Aktion und Handeln im Vordergrund standen.

In ihrem Resümee fassten PHILIPP GSSERT und MARTIN KLIMKE einige der diskutierten Ergebnisse und Perspektiven zusammen. Als relativ breiter Konsens sei zu beobachten, dass es „nicht allein um den Frieden“ gegangen sei, sondern dass die Kontroversen um die Nachrüstung als Teil einer gesellschaftlichen Selbstverständigung über die Transformationen der 1960er- bis 1980er-Jahre gesehen werden müssten. Charakteristisch für die neuen Friedensbewegungen sei die von Anfang an relative breite gesellschaftliche Resonanz des Protests gewesen, aber auch eine „Professionalisierung und Verwissenschaftlichung der Kritik“.

Zu den Desiderata der Forschung zählten geschlechtsspezifische sowie transnationale Perspektivierungen, die soziale Zusammensetzung der Protestgruppierungen, kulturelle Manifestationen sowie die Einbeziehung der osteuropäischen Sicht in die Geschichtsschreibung. In der abschließenden Diskussion wiesen die TeilnehmerInnen noch auf eine Reihe von offenen Fragen hin, etwa die Sprache und Symbolik der Protestbewegung (im Vergleich zur Studentenbewegung der 1960er-Jahre), das mediale Umfeld der Debatten, das Verhältnis der Friedensbewegung zur entstehenden Erinnerungskultur der 1980er-Jahre sowie die Bedeutung des konservativen politischen Lagers.

Die zum Teil kontroversen, aber in der Sache fairen und auch dank der Gastfreundschaft der Heinrich-Böll-Stiftung in einer exzellenten Arbeitsatmosphäre verlaufenden Debatten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops, machten deutlich, dass hier eines der dynamischsten Forschungsfelder der gegenwärtigen Zeitgeschichte liegt.

Konferenzübersicht:

PANEL 1: CHRISTLICHE FRIEDENSBEWEGUNG

Chair: Philipp Gassert, GETK, Universität Augsburg

Jan Ole Wiechmann (Marburg): Sicherheit neu denken? Konzepte von Sicherheit in der kirchlichen Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland (1977-1983)

Alexander Leistner (Leipzig): Engagement trotz Enttäuschung. Eine vergleichende Untersuchung von Persistenzbedingungen für das Engagement in religiösen und säkularen Friedensgruppen

ÖFFENTLICHES PODIUMSGESPRÄCH MIT ZEITZEUGEN - Die Grünen und die Friedensbewegung

Moderation: Paul Hockenos, Berlin

Eva Quistorp (langjährige Grüne im Bundesvorstand und Europaabgeordnete, Mitglied im Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung, Aktivistin der Frauen- und Friedensbewegung)

Ines Reich-Hilweg (Friedensforscherin, wiss. Mitarbeit in Berghof-Stiftung, Forschungsstelle für kommunale und partizipatorische Friedenspolitik Starnberg, Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz)

PANEL 2: PARTEIEN

Chair: Tim Geiger, IfZ Berlin

Jan Hansen (Berlin): Konsens in der Krise? Anmerkungen zu einer Kulturgeschichte des Nachrüstungsstreits in der SPD, 1979-1983

Silke Mende (Tübingen): Ökopax: Die Bündnisgrünen, der Zweite Kalte Krieg und die Friedensbewegung

PANEL 3: ÖFFENTLICHE DEBATTEN & POPULÄRKULTUR

Chair: Hanno Balz (Lüneburg)

Tim Warneke (Heidelberg): Die öffentliche Debatte um den NATO-Doppelbeschluss in der BRD, 1979-1984: Bedrohungswahrnehmungen und Rettungsperspektiven der Friedensbewegung

Philipp Baur (Augsburg): Atomare Weltuntergangsszenarien in der Populärkultur der 1970er und 1980er Jahre

PANEL 4: ZWISCHEN OST UND WEST

Chair: Marianne Zepp, Referentin für Zeitgeschichte, Heinrich-Böll-Stiftung

Gunter Dehnert (Erlangen): Die Folgen des KSZE-Prozesses in Polen: Selbstorganisation der Gesellschaft – Solidarnosc, Bürgerkomitees und der lange Weg zur Demokratie

Anja Hanisch (Berlin): Folgen des KSZE-Prozesses in der DDR: Kritik, Dissidenz und Opposition im Spiegel staatlicher Perzeptionen und Reaktionen

PANEL 5: AKTEURE DER FRIEDENSBEWEGUNG

Chair: Simon Teune, WZB Berlin

Hanno Balz (Lüneburg): „Die Bremer Bundeswehrkrawalle 1980“ – Neue Soziale-, Jugend- und Friedensbewegung zwischen Pazifismus und Militanz

Claudia Kemper (Hamburg): Ärzte in der anti-atomaren Friedensbewegung der 1980er Jahre - die deutsche Sektion der IPPNW (International Physicians Preventing Nuclear War)

Saskia Richter (Berlin): Petra Kelly (1947-1992) – Aufstieg und Fall einer grünen Galionsfigur

ÖFFENTLICHER VORTRAG

Moderation: Marianne Zepp, Referentin für Zeitgeschichte, Heinrich-Böll-Stiftung

Eckart Conze (Marburg): Sicherheitsstreben und Modernitätsskepsis - NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik

PANEL 6: TRANSNATIONALE ASPEKTE

Chair: Christoph Becker-Schaum, Leiter AGG, Heinrich-Böll-Stiftung

Enrico Böhm (Marburg): „Gipfel der Sicherheit“ – Die Weltwirtschaftsgipfel und internatio-

nale Sicherheitspolitik im Kontext des NATO Doppelbeschlusses

Sebastian Kalden (Marburg): Proteste unbegrenzter Entrüstung – Transnationalisierung und Transnationalität in der christlichen Friedensbewegung in Westeuropa (1979–1985)

PANEL 7: PROTEST IM ZEITLICHEN KONTEXT DER 1980ER JAHRE

Chair: Martin Klimke, GHI Washington

Birgit Metzger (Freiburg): Waldsterben in der Umweltpolitik

Reinhild Kreis (Augsburg): 'Eine Welt - ein Kampf - ein Feind'. Amerikakritische Proteste in der Bundesrepublik in den frühen 1980er Jahren

Resümee

Philipp Gassert (Augsburg)

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Philipp Baur. Review of *Friedensbewegung und Zweiter Kalter Krieg: Europäische und transatlantische Perspektiven*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. May, 2010.

URL: <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=30261>



This work is licensed under a Creative Commons Attribution-Noncommercial-No Derivative Works 3.0 United States License.